

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

23. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszelt 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Pleitegeier über Japan.

Gewaltige Zusammenbrüche. — Moratorium. — Vergleich mit Deutschland.

Daß ein Land von einer jähen Wirtschaftskrise erfaßt wird, ist trotz der starken Verflechtung der Weltwirtschaft nicht sonderlich aufregend. Die Krise gehört nun einmal zum Kapitalismus wie das Amen zum Vaterunser. Höchstens Spezialisten und Fachzeitschriften können sich daher eingehend mit den zahlreichen kleinen und größeren Krachs befassen, die in den mehr als 60 Staaten der modernen Welt und den großen Kolonialländern bei jeder Krise vorkommen. Was sich jedoch in Japan abspielte, war eine Finanzkatastrophe großen Stils, die auf dem Boden einer protektionistischen Wirtschaftspolitik erwuchs und endete — bisher mit einem Regierungsverwechsel, einer allgemeinen Schließung der Börsen auf zwei Tage, einem staatlich angeordneten Zahlungsaufschub von drei Wochen. Niemand kann noch die abschließende Bilanz aus dem Wirrwarr ziehen. Hunderte von Millionen Goldmark sind offenbar verloren, die Rotenpresse mußte mit Milliardenbeträgen zur Beruhigung der erregten Gläubiger herhalten, die seit Tagen die Bankhalter bestürmen. Freilich — die japanische Währung hat unter dieser Finanzkatastrophe kaum gelitten. Der Yen hat nur geringe Kurseinbußen und notiert in Berlin noch jeht mit über zwei Mark und wenige Pfennige niedriger als vor zwei Wochen. Man weiß jedoch, oder vermutet mit großer Aussicht auf Wahrscheinlichkeit, daß die neugebildete Regierung Tanaka mit den Notenbanken ein Abkommen getroffen hat, wonach die Währung durch Devisenverkäufe im Ausland gestützt wird. Wer die gleiche Praxis aus dem von Havenstein in Deutschland während des Ruhrkriegs angewandten System in Erinnerung hat, der kennt noch die Folgen solcher Kursregulierungen: die wahre Lage wird verhehelt. Und so trägt auch das japanische Regierungsmanöver dazu bei, das Bild der Situation noch zu trüben, anstatt es zu klären.

Der Hergang der großen Wirtschafts- und Finanzkrise läßt auch andere interessante Vergleiche zu. Mit jäher Energie hat das japanische Volk die Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen und ist innerhalb weniger Jahrzehnte nicht nur zur politischen, sondern auch zur industriellen Großmacht im fernen Osten geworden. Nach dem Weltkrieg, den es ohne Einsatz wesentlicher Opfer mit gutem Gewinn überstanden hatte, erfolgte der Rückschlag zunächst mit der Weltwirtschaftskrise von 1920/21, dann mit der gewaltigen Erdbebenkatastrophe im September 1923, die dem Volk wie seinem Staat und seiner Wirtschaft schwere Wunden schlug. Zur Tilgung der angewachsenen Staatsschulden und zur Sanierung seiner Finanzen befaßte sich Japan auf das allseitigste Mittel der selbstgenügsamen Wirtschaftspolitik: Erzeugung für den eigenen Bedarf unter Ausschaltung der fremden Konkurrenz. Diese neuerdings von den deutschen Hochschulgeldmännern bei uns wieder aufgestellte Parole mußte herhalten, um den Wiederaufbau auf Kosten der breiten Volksmassen rasch finanzieren zu können. Und es schien auch, als ob es glücken sollte. Zwar gab es Rückschläge; doch die gingen vorüber, ohne allzu viele Spuren zu hinterlassen. Erst viel später erkannte man, daß unter der Oberfläche sich Krankheitserscheinungen angeammelt hatten, die durchbrechen mußten, sobald die Lage am Geldmarkt sich zuspitzte.

Das trat am 15. März d. J. ein, als die Schwierigkeiten der Banken so offenkundig wurden, daß die Regierung selbst mit besorgten Erklärungen vor das Parlament trat. Daraufhin stellten die für ihr Geld fürchtenden Banken die Gewährung von Krediten ein. Das erste Opfer wurde der Suzuki-Konzern, ein gewaltiges Handels- und Industrieunternehmen mit Umsätzen, die weit über eine Milliarde Mark jährlich betragen und die sich auf fast alle Welthandelsartikel, von Getreide und Baumwolle bis zu Tabak und Metallen erstreckten. Dieser Konzern, der nicht weniger als etwa dreißig industrielle Tochtergesellschaften besitzt, war schon seit langem verschuldet, hatte sich aber dank der Wechselkredite der Notenbank Formosa von Taiwan immer wieder über Wasser gehalten. Jetzt brach infolge der Kreditbeschränkungen der Riesenkonzern mit einem Schlag zusammen. Ein verantwortliches Kapital, das einschließlich der Beteiligungen an anderen Unternehmungen sich auf rund eine halbe Milliarde Goldmark belaufen dürfte, war bedroht. Ungeheuer aber waren die Wirkungen auf die Gläubigerbanken und auf die mittelbar interessierten Kreise. Ein panikartiger Ansturm der Bankgläubiger auf die Kassen setzte ein. Die Regierung mußte, nachdem eine ganze Reihe von Kreditinstituten die Zahlungen eingestellt hatte, mit „Ausnahmemaßnahmen“, also ungedeckten oder nur teilweise gedeckten Krediten einspringen, um die Panik einzudämmen. Das Moratorium, das jeht auf 21 Tage verhängt wurde, betrifft alle größeren Zahlungen mit Ausnahme der Löhne, der kleinen Bankeinlagen und der Schulden der Lokalbehörden. Wieviel nun endgültig verloren ist, wird sich erst später übersehen lassen. Sicher scheint, daß der Betrag mehrere hundert Millionen Yen (doppelt soviel Mark) betragen wird, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die den übrigen Beteiligten, der Regierung vor allem aus der überhäufteten Kreditgewährung und der übereilten Notenausgabe erwachsen müssen.

Das ganze Bild des Zusammenbruchs erinnert peinlich an die Vorgänge, die die Katastrophe des größten

Moskauer Einflüsse in China.

Neuer veröffentlicht die in der Peking-Botschaft beschlagnahmten Urkunden.

London, 23. April. (WTB.) „Times“ meldet aus Peking: Dokumente, die in den Sowjetgebäuden entdeckt wurden und über deren Echtheit nicht der geringste Zweifel bestehen kann, zeigen, wie eng Moskau mit der Kantonbewegung verbunden ist. Der Berichterstatter führt u. a. folgenden vom 22. Februar 1927 datierten Brief des Schatzmeisters der Sowjetbotschaft in Peking an den bolschewistischen General bei den Kantonesen, Galens, an. Dieser befragt: „Die Botschaft hat Ihnen durch Kurier 13 324 Golddollar in Begleitung Ihrer Bezüge für Januar und Februar gesandt. Ihr Märzgehalt wird Ihnen mit nächstem Kurier übermittelt werden. Am 15. Februar hat die Botschaft 10 000 Dollar an die Familie Borodins überwiesen und eine weitere Summe von 1000. Wir haben soeben ein Schreiben Borodins erhalten, belegend, daß Sie diesen Betrag zurückbehalten haben. Ist dies wahr? Bitte antworten Sie gleich.“

Moskau bezahlte eine Revolte gegen Tschangtscholin.

Peking, 23. April. (Kurier.) Gestern abend wurde hier eine von den chinesischen Polizeibeamten in der Sowjetbotschaft beschlagnahmte Urkunde veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, daß Kuohunglin, einer der Untergenerale Tschangtscholins, von der Sowjetregierung 400 000 Dollar als Belohnung seiner Empörung gegen seinen Vorgesetzten im Jahre 1925 erhalten hatte und nach der endgültigen Befestigung Tschangtscholins einen weiteren Betrag bekommen sollte. (Wie erinnerlich, wurde nach anfänglichen Erfolgen Kuohunglin gefangenengenommen und hingerichtet.)

Abgabe des Generalfreistills.

Hongkong, 23. April. (WTB.) Die Kantonregierung hat den Arbeitern befohlen, dem Generalfreistill der Allgemeinen Arbeiterunion nicht nachzukommen. Der Streik mußte daher für heute vormittag 10 Uhr abgesetzt werden.

Die Politik Tschangtschols.

Paris, 23. April. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Schanghai hat von General Tschangtschols Erklärungen über die von ihm geplante Politik erhalten. Tschangtschols vertritt darin folgende drei Grundsätze: 1. Er hofft, daß die Mächte dem chinesischen, vom Bolschewismus befreiten Nationalismus ihre Unterstützung nicht versagen werden. 2. Er ist

bereit, sich mit Marshall Tschangtscholin zu verständigen, wenn dieser sich zu den von Sunjatsen aufgestellten nationalen Grundsätzen bekenne. 3. Er wird die für die Kantonier Zwischenfälle verantwortlichen Personen bestrafen und Genugtuung geben durch Entschädigung der Opfer bzw. ihrer Hinterbliebenen.

Im übrigen betonte Tschangtschols, daß er gegen die bolschewistischen Elemente in seinem Heere energisch vorgehen werde; der russische General Galen sei bereits geflüchtet, gegen Borodin habe er einen Haftbefehl erlassen.

Die Räuberbande der mexikanischen Kirche.

Die Urheber des Zugüberfalls entlarvt.

Mexiko, 23. April. (WTB.) Wie die Regierung offiziell bekannt gibt, wurden in der Nähe von Dondego, einer Stadt in Guanajuato dreizehn Mitglieder der Räuberbande, die vor einigen Tagen einen Eisenbahnzug überfallen hatte, gefolter und drei gefangen genommen. In der Veröffentlichung der Regierung werden die Räuber als „katholische Extremisten“ bezeichnet. Regierungstruppen sehen die Verfolgung der Aufständischen fort, die von einem früheren General Sallegos Desci geführt werden.

Mexiko, 23. April. (WTB.) Der Erzbischof von Mexiko und zwei Bischöfe sowie fünf Bischöfe wurden auf Verfügung der Regierung ausgewiesen. In politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß die Ausweisung erfolgt ist, weil der Episkopat Aufstände begünstige und damit für den Überfall auf den Eisenbahnzug verantwortlich sei, an dem Vertreter der Liga für religiöse Freiheit sich als Anführer beteiligt hätten.

Daß die aufständische katholische Kirche an dem grauenhaften Zugüberfall beteiligt ist, wurde bereits durch die Erklärung eines Bischofs bestätigt. Dieser bestritt nur, „daß, wenn katholische Priester an dem Raubüberfall beteiligt seien, sie nicht auf Befehl des Episkopates gehandelt hätten“. Damit ist also auch von katholischer Seite zugegeben, daß Angehörige der Kirche sich an einem gemeinen Massenmord beteiligt haben. Wir werden auf den barbarischen Kampf der Kirche gegen den Staat in Mexiko noch ausführlich zurückkommen.

Die legale Putschtheorie.

Sodenstern im Verhör. — Die putschistischen Kampferverbände als Fluchtverbände.

E. K. Leipzig, 23. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die heutige Vormittagsitzung steht im Zeichen des Sodensterns, dessen Zeugenvernehmung mehrere Stunden beanspruchte. Senatspräsident Niedner allerdings scheint nicht mehr einen Prozeß gegen Wiking und Olympia, sondern einen Prozeß gegen den Zeugen Käsehage zu führen. Er bringt das rein äußerlich schon dadurch zum Ausdruck, daß er bei der Konfrontierung Sodenstern mit Herrn Käsehage diesen daher ohne „Herrn“ anredet.

Den Auftakt der Sitzung bildet eine Räubergeschichte, mit der die Verteidigung offenbar Sensation machen will. Sie stellt einen Beweisanspruch, daß im November 1923 der damalige Chef des Landespolizeiamtes Genosse Orzesinski durch zwei Geheimpolizisten 20 000 Stück Infanteriemunition nach Kassel geschickt habe, wo Scheidemann die Sendung in Empfang genommen habe. Ministerialrat Schönner bittet, den Antrag als gänzlich unerheblich abzulehnen, fragt im übrigen, ob die Verteidigung behaupten wolle, daß diese Munitionsendung, falls sie überhaupt geschehen wäre, zu umstürzlerischen Zwecken erfolge sei. Auch hier ist auffällig, wie Herr Niedner die Wikinganwälte breiteste Ausführung machen läßt, während er den Vertretern der preussischen Regierung bei jeder Gelegenheit das Wort abschneidet.

Runmehr wird der Zeuge v. Sodenstern vernommen. Er ist Redakteur der „Deutschen Zeitung“ und war Bezirksleiter des Wikingbundes für Berlin und Brandenburg. Er ist ein kleines Männchen, mit einem beinahe mongolisch anmutenden Gesicht, dessen Züge nach allem anderen als nach germanischer Rasseinheit aussehen. Sodenstern bestreitet selbstverständlich, die Ausführungen gemacht zu haben, die der Zeuge Käsehage zu Protokoll gegeben hat. Er beruft sich auf seine Darstellung in der „Deutschen Zeitung“, wo

nach es sich lediglich bei den Besprechungen gehandelt habe um die Frage.

wie man sich im Falle eines kommunistischen Putsches verhalten und die Mitglieder der vaterländischen Verbände in Sicherheit bringen könne.

Dabei erklärt er aber, daß auch ein Bekanntwerden seiner Äußerungen in dieser Form für ihn durchaus „unerwünscht“ gewesen sei.

Die Briefe, in denen Sodenstern angibt, den Inhalt der Wikingischen Denkschrift zu kennen und in denen er nicht die Äußerung bestreitet, die ihm teils in den Mund gelegt wird, sondern vielmehr bestätigt, erklärt Herr v. Sodenstern auf sehr eigenartige Weise: Er habe den Inhalt der Denkschrift nicht gekannt, aber kennen lernen wollen.

Da ihm das trotz seiner vorzüglichen Beziehungen zum Reichswehrministerium (ein Bruder des Herrn v. Sodenstern ist dort tätig) nicht glückt sei, habe er in dem Brief den Anseheln erwecken wollen, als kenne er die Denkschrift.

damit die Empfänger ihm ohne weiteres den Inhalt der Denkschrift verlesen.

Gegenüberstellung Käsehage-Sodenstern.

Keuherst lebhaft gestaltet sich die Gegenüberstellung zwischen Käsehage und Sodenstern. Auch diesmal wollen die vielfältigen Versuche Niedners, den Zeugen Käsehage zum Umfall zu bringen, nicht glücken. Noch einmal schildert Käsehage äußerst drastisch den Terrorismus, der von den Vaterländischen auf ihn ausgeübt worden ist und der der Grund seiner

deutschen Inflationskonzerns begleiteten. Zwar hatte die deutsche Regierung keine „Erdbebenwechsel“ gegeben. Aber sie hatte es noch im Jahre 1924 vorgezogen, der gesamten Ruhrindustrie ohne Gegenleistung über 700 Millionen Mark zuzuwenden. Diese unmittelbare Subvention bewirkte, daß der Stinnes-Konzern bei seinem Zusammenbruch dem Reich gegenüber keine Schulden hatte. Auch sein Ende fiel in die Zeit großer Geldknappheit, der die Banken zu einer Revision in der Kreditgewährung zwang. Und nicht anders wie die Suzuki-Gruppe in Japan, so versank der Riesenbau des Stinnes-Konzerns unter großen Vermögensverlusten für die ihm nahestehenden Geld- und Kreditgeber. Staatliche Subvention, Hochschulzulagen, Lohndruck,

hohe Preise — keines dieser bewährten Mittel kapitalistischer Wirtschaftspolitik gegen die Fehler eigener Wirtschaftsführung wirkte mehr. Nur daß im Falle Stinnes die deutschen Großbanken sich rechtzeitig genug zurückgezogen hatten, um sich später aus der großen Vermögensmasse einigermaßen schadlos halten zu können.

Wie die Riesenpleite in Japan endigen wird, wie große volks- und staatswirtschaftliche Verluste sie bringt, kann man nicht übersehen. Das jedoch zeigt sie auch dem entferntesten Beobachter: wie innerlich morsch ein Wirtschaftssystem ist, das trotz weitgehender staatlicher Hilfe derartige Zusammenbrüche unvermeidlich macht und dessen Fäulnis in allen Teilen der Welt zutage tritt.

abschwächenden Aussage vor dem Untersuchungsrichter war. Man hat sein gutgehendes Geschäft zum Bankrott gebracht, er hat den Offenbarungseid leisten müssen, ist aus seiner Wohnung exmittiert worden und jetzt durch den Boykott seiner früheren Kundenschaft vollkommen mittellos, während es ihm vorher laut seiner Steuerakten wirtschaftlich recht gut gegangen ist. Menschlich wird das Verhalten Käsehages durch diese Tatsache durchaus begreiflich. Es ist nicht schön, aber schließlich auch noch menschlich zu verstehen, daß Käsehage gegen die Ordensteiner eine Zeitlang verstimmt gewesen ist und sich, wie er sagt, an ihr hat rächen wollen, weil diese entgegen der Versprechung der Geheimhaltung sein Protokoll anderen Stellen zugänglich gemacht und dadurch in die Deffektivität gebracht hatte, was die Ursache zu seinem wirtschaftlichen Ruin werden sollte.

Die Theorie der Putschisten.

Rechtsanwalt Martin stellt an Sodenstern nochmals die Frage, ob der ganze Aufmarschplan wirklich nur dem Zweck diene, die Mitglieder der Vaterländischen Verbände im Falle eines kommunistischen Putsches in Sicherheit zu bringen. In energischer Form macht er darauf aufmerksam, daß dieses persönliche Freiheitsziel doch kaum sehr vaterländisch aussehe. Aber nach den Sodensterns Ausführungen muß man wirklich bald schließen, daß die vaterländischen Kampfbünde als einziges Ziel die Flucht vor dem Feinde gehabt haben.

Schließlich gibt Sodenstern zu, daß man sich der Reichswehr habe zur Verfügung stellen wollen, aber nur, wenn man gerufen würde. Er muß weiter freisch ergeben, daß dies nur nach bestimmten Zusicherungen und unter bestimmten Bedingungen.

nämlich unter der Bedingung der Einsetzung einer nationalen Regierung und der persönlichen Sicherstellung gemeint war.

Da muß selbst Herr Niedner etwas empört ausrufen: Sie waren also bereit, das Vaterland im Augenblick der äußersten Gefahr im Stich zu lassen, wenn man auf Ihre parteipolitischen Wünsche nicht einging!

Das Verhör des Zeugen v. Sodenstern wendet sich jetzt seinen allgemeinen staatsrechtlichen Doktrinen zu, wie er sie auch in Artikeln niedergelegt hat, nämlich der Einführung der Diktatur auf sogenanntem legalen (gesetzmäßigen) Wege. Und nun ereignet sich das Schicksal: Theoretisch gibt Herr Sodenstern jetzt nur das als seine Ziele und Auffassungen zu, was er nach Ansicht des Zeugen Käsehage in der betreffenden Sitzung gesagt hat, was er selber aber gesagt zu haben bestreitet. Herr Sodenstern macht längere Ausführungen darüber, wie nach seiner Auffassung eine nationale Regierung über den Artikel 48 der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege die Diktatur einführen könne. Seine staatsrechtlichen Ausführungen sind freilich derart kraus und lächerlich, daß selbst Herr Niedner hiergegen verschiedene Einwände machen und darinnen muß, daß sich so leicht denn doch nicht die Weimarer Verfassung über den Haufen werfen ließe. Aber es hilft nichts: die Sodenstern und Genossen haben den verfassungsmäßigen Putsch ausgeflügelt und lassen sich von ihren hirnverbrannten staatsrechtlichen Vorstellungen nicht abbringen.

Der Kernpunkt der Vorstellung ist der, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten das Recht gibt, das Parlament beliebig oft aufzulösen und die ganze übrige Verfassung nach Gutdünken außer Kraft zu setzen.

Hiergegen streiten Götter selbst vergebens.

Sodenstern macht dann noch Ausführungen darüber, was er unter Kampfbünden versteht und zieht pudorigerweise zum Vergleich die freien Gewerkschaften heran! Von militärischer Ausbildung will er als alter Generalstabsoffizier nichts wissen, weil sie bei den privaten Vereinen doch zu keinem Erfolg führen. Wertwürdig nur, warum der Wiking das bei den Älften befindliche 50 Seiten umfassende Exerzier- und Übungsreglement herausgegeben hat.

Auf den Zeugen Sodenstern folgt der Major v. Knauer, der Verfasser des berühmten Aufmarschplanes gegen Berlin. Der Herr leidet offenbar an Angstpsychose, denn er glaubte im Jahre 1926 — wenn man seiner Aussage Glauben schenken will — ernstlich,

daß in Berlin über Nacht die Münchener Kätereipolitik von 1919 ausbrechen würde. Damals hat er nämlich bei der Einnahme von München mitgelämpft und nun hat er immer die Bilder jener Zeit vor Augen, die er in pathetisch entworfenen Münchener Bilderbogen ausgiebig jetzt zum Besten gibt. Daß sich die Zeiten von 1919 geändert haben, ist Major v. Knauer entgangen.

Er hat den Aufmarschplan nur gemacht, um den nationalen Kampfbünden, die eigentlich Fluchtverbände heißen müßten, zum rechtzeitigen Ausweichen aus Berlin zu verhelfen.

Alle Beruhigungsversuche der preussischen Regierungsveteren an der fiken Idee des Zeugen.

Danach folgt eine längere Diskussion über die Frage ein, ob die Zeugen von Sodenstern, Lud, Bittinghausen, v. Knauer und Käsehage zu vereidigen sind. Beide Parteien sind einig, daß Käsehage vereidigt werden muß, während bezüglich der anderen wegen ihrer eventuellen Eigenschaft als Militärlicher Meinungsdivergenzen bestehen.

Ablenkung.

Eugenberg läßt das Reichsbanner Krieg gegen Ungarn führen.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig tragen die Vertreter der Putschverbände Wiking und Olympia den dümmsten Schwankel vor, um ihre offenkundigen Putschpläne zu verbergen. Der Eugenbergsche „Tag“ sekundiert mit einem gegen das Reichsbanner gerichteten Ablenkungsversuch. Er behauptet, das Reichsbanner wolle gemeinsam mit dem österreichischen Schutzbund Krieg gegen Ungarn und Italien führen.

Es ist nichts zu dumm für die Verteidigung der Putschverbände, nichts zu dumm für die Leser der Eugenberg-Presse, nichts zu dumm, als daß es die Vertreter der Putschverbände nicht glauben, Herrn Niedner als Argument vorsetzen zu können.

Geschrei der Gestellten.

Reaktionäre Lockspiegelpolitik — kommunistische Willfährigkeit.

Die „Rote Fahne“ antwortet auf unsere Veröffentlichung der kommunistischen „Instruktion“ für den 8. Mai mit hysterischem Geschrei: „Ein Schandstreich des Stahlhelm-Vorwärts, infame Verleumdung und Hege gegen die Kommunisten, infame Behauptungen des Vorwärts.“

Aber die „Instruktion“ ist echt. Die „Rote Fahne“ druckt sie selbst ausdrücklich ab, und diese „Instruktion“ spricht für sich. Worin besteht also die „Verleumdung“? Darin, daß wir geheime Pläne der Kommunisten öffentlich gemacht haben? Und die „Hege“? Ist es Hege, wenn wir die Arbeiter warnen, für die kommunistische Führung die Köpfe hinzuhalten?

Es bleibt dabei: die Kommunisten wollen am 8. Mai dem Stahlhelm und der übrigen reaktionären Gesellschaft in die Hände spielen. Im selben Zeitpunkt, an dem vor dem Staatsgerichtshof wieder einmal festgestellt wird, daß die Rechtsputschisten auf kommunistische Putsche warten und sie provozieren wollen, wenn sie ausbleiben, wollen die Kommunisten ihnen die Möglichkeit zur Provokation im größten Maße geben.

Stahlhelmaufmarsch in Berlin: das ist eine Provokation für die Berliner Arbeiterbewegung — aber nur Dummköpfe oder Feinde der Arbeiterbewegung lassen sich provozieren. Die kommunistische Bezirksleitung ist auf die Stahlhelmprovokation eingegangen. Selbst provoziert, organisiert sie nun wieder die Provokation des Angreifers. Das ist es, worauf die Reaktion wartet! Die Kommunisten sind wahrhaftig dümmer als die Reaktion, und gehen auf diese Lockspiegelpolitik bereitwillig ein.

Aber es ist ihnen ja gar nicht ernst mit dem Kampfe gegen die Reaktion. Ihr Kampf gilt nicht der Reaktion, sondern der Sozialdemokratie. Sie wollen blutige Köpfe sehen, um dar-

aus neue Hege gegen die Sozialdemokratie ableiten zu können. Diese niederrichtige Methode ist der Arbeiterbewegung so bekannt, daß sie sich hüten wird, die Köpfe hinzuhalten, während die „führenden Herrn“ in der Masse verschwinden.

Die Berliner Arbeiterbewegung läßt sich weder vom „Stahlhelm“ noch von den Kommunisten provozieren, Arbeit für die Reaktion zu leisten. Sie wird am 1. Mai im imposanten Aufmarsch des roten Berlin zeigen, daß an ihrer Macht das hysterische Geschrei und die Provokationen von rechts und links wie Seifenblasen zerplatzen.

Besserung für die Minderheitsvölker. Tschechische und polnische Maßnahmen.

Zwei erfreuliche Nachrichten kommen aus Prag und Warschau:

Der tschechische Unterrichtsminister Dr. Hodza, der lehrte schon in einer Rede geradezu sich von der Tschechisierungspolitik, wenigstens für sein Verwaltungsgebiet losgesagt, hat angeordnet, daß vom nächsten Schuljahr, d. h. vom 15. September 1927 an, in den Prager Volksschulen auch die deutsche Sprache gelehrt werden soll. Selbstverständlich gilt das nur für die höheren Schulstufen und geschieht vor allem im Interesse der Tschechen selbst; ihr Sprachgebiet ist auf drei Sektoren vom deutschen umschlossen, hängt nur im Osten über die Slowaken, Polen und Ukrainer mit der weiten Slawenwelt zusammen, die freilich bis an den Stillen Ozean reicht. Aber sei es auch eine Zweckmaßnahme praktischer Rücksicht — sie leitet eine vernünftigeren Behandlung der deutschen Minderheit ein.

Und die polnische Regierung hat bestimmt, daß die Minderheitsschulen ihre Sprache auch im Verkehr mit den staatlichen Behörden anwenden dürfen. Das ist ein bedeutender Fortschritt, denn durch den Zwang auf Minderheitsschulen, mit den Behörden nur in der Staatsprache zu verkehren, konnten diesen bestimmte Lehrkräfte vom Staate leicht aufgedrängt werden!

Wir hoffen, daß diese beiden Nachrichten nicht noch demontiert werden; beide stammen aus sonst ziemlich bewährter Quelle.

Die politisierten Untersuchungsakten.

Die Disziplinarverhandlung gegen Dr. Kaufmann und Dr. Caspari.

Vor dem Großen Disziplinarhof des Kammergerichts für richterliche Beamte wird am 11. Mai die Disziplinarverhandlung gegen die Gerichtsassessoren Dr. Kaufmann und Dr. Caspari ihren Anfang nehmen. Voraussetzungen sind die Verhandlung eine Dauer von fünf Tagen haben. Es handelt sich hierbei um die Vorgänge in der von der Staatsanwaltschaft I geführten Ermittlungssache gegen die Brüder Barnat und den verstorbenen Minister Höhle, die bekanntlich in der Hauptsache in den Händen der beiden damaligen Staatsanwaltschaftsassessoren war. Bei Dr. Kaufmann kommt auch dessen Strafverfahren wegen der Weitergabe von Akten an Hauptmann a. D. Knoll in Frage. Dr. Caspari wird insbesondere vorgeworfen, daß er in seiner bekannten Eingabe vom Juni 1925 zu weit gegangen sei, in der gewisse Angriffe gegen Beamte des Justizministeriums gerichtet worden waren („dem Druck der Strafe sich gefügt habe“). Die Angeklagten, die durch die Rechtsanwältin Franz Thelma und Dr. Rottler verteidigt werden, wollen für ihre Behauptungen einen Wahrheitsbeweis antreten. Die Verhandlungen werden unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.

Verbot kommunistischer Maskieren in Bayern. Die Polizeidirektion München hat die von der Ortsgruppe München der kommunistischen Partei für Sonntag, den 1. Mai, geplante Maskierparaden verboten, sowie den Anschlag des die Maskier anfeindenden Plakates untersagt. Das Bezirksamt Straubing hat ebenfalls eine von der KPD. für den 1. Mai einberufene Volksversammlung mit dem Thema „Die Bedeutung des 1. Mai“ verboten.

Die „Töchter der amerikanischen Revolution“ und andere „patriotische“ Gesellschaften Amerikas protestierten bei Gouverneur Fuller gegen eine Bequämligung Saccos und Vanzettis.

Gildenhall.

Das glänzt wie Gold und dunkelt rasch wie der Sonnenschein, der über die Stufen sagenhafter Gemölde zittert. Und dieses Flimmern und Dämmern hohlet auch in den Seelen derer, die in Gildenhall, inmitten der märkischen Landschaft am Ruppiner See leben. Wollen und Hoffen, Glauben und Zweifeln ringen miteinander in ihren Seelen. Die Natur dort draußen, die Abgeschlossenheit, das Fürsichsein macht Menschen bestimmlich. Die eigene Persönlichkeit wird als Problem bewußt. Das ist es, was auch das Handwerk dieser Menschen, Gildenhaller Handwerk, abtut, in ihren Werkstätten gewordenen Hausrat, von Marktware unterscheidet, persönliches Gesicht gibt, das man wiedererkennt, wo immer es aufsteht.

Handwerkerschaft Gildenhall e. B. m. b. H. nennt sich die Gemeinschaft von Meistern, die sich in der Gildenhall-Freiland-Siedlung zusammengeschlossen haben. Eine Arbeitsorganisation innerhalb der Siedlungsgenossenschaft. Volkswirtschaftlich eigenartiges Unternehmen. Bodenrechtlich gebundene Schollenbesitz, genossenschaftlich gebundene Arbeitskraft und Genossenschaft als sittliches Prinzip: Das Mitglied ist verpflichtet, sich beständiger Selbsterziehung und achtbarer schlichter Lebensführung, naturgemäßer Lebensweise zu befleißigen. Nach der Satzung von 1923 verpflichtet: innerhalb der fünf Jahre nach Übernahme einer Heimstätte jährlich 250 Arbeitsstunden in der beruflichen oder in einer im Einverständnis mit den Vertretern der Genossenschaft gewählten anderen Arbeit (Garten-, Wegebau, öffentliche Dienstleistung u. a. m.) ohne Vergütung als genossenschaftliche Selbsthilfe zu leisten.

1921 gegründet, umfaßt die Siedlung heute 75 Heimstätten (rund 350 Einwohner). Das Bauprogramm für 1927/1928 schätzt 20 bis 30 neue Heimstätten. Einige zukunftsweisende Zahlen: Der Landbesitz setzt sich zusammen aus etwa 145 000 Quadratmeter Boden, die, vorbehaltlich eines Rückkaufrechtes, der Siedlungsgenossenschaft Brandenburg (Wohnungsfürsorge-Gesellschaft) überlassen sind, — 24 000 Quadratmeter Boden in Händen der „Deutsches Freiland e. B. Eden“ und 237 000 Quadratmeter Eigenland der „Gildenhall-Freiland-Siedlung“. Von diesen 406 000 Quadratmetern Land sind erst 36 000 Quadratmeter bebaut. Der Eigenbesitz von Gildenhall ist fast noch ganz unbebaut. Bauland wird im Erbbaurecht (auf 100 Jahre) aufgelassen. Die Grundrente für bebauten Land bis zu 5 Pf. pro Quadratmeter, für unbebautes bis zu 3 Pf. berechnete.

Leitmotiv: Arbeit und zwar eigener Hände Arbeit: Hand-Werk. Doch zwischen Hand und Werk waltet wägend und führt wägend, künstlerisch neugefaltet, das Gehirn, der Geist. Ziel und Grenze geben Gebrauchszweck und Bauökonomie. Unser Haus ist eng. Das Möbel darf nicht mehr als nötig Raum beanspruchen. Damit ist der ästhetische Charakter des Gildenhaller Handwerks, Gildenhaller Hausrats, bestimmt: durch Schlichtheit streng, klar, sparsam, einfach. Hausrat dieser Art bleibt nicht wirkungslos auf den Charakter derer, die damit umgehen müssen. Unsere Zeit erfordert tüble Sachlichkeit und Knappheit. Wir sind Antipoden des Barocks. Es ist derselbe Geist in allen Werkstätten Gildenhalls,

worin die Meister in voller Selbständigkeit und Freiheit ihre Persönlichkeit entwickeln können — in den Werkstätten der Baumeisterei, Zimmererei, Tischlerei, Drechlerei, Malerei, Radestlerei, Handweberei, Töpferei, Bildhauerei, Kunst- und Grob schmiede, Stellmacherei, Schuhmacherei, Lichtbildnerei, Bootswerk usw. Jeder Meister ein Topf, und die Gefellen: freie Burschen. Jugend, die dem Göttern trotzt und das Morgen erodert.

Schwieriger ist der Absatz. Für diese Aufgabe läuft man unter Führung der Provinz Brandenburg die „Hausrat Gildenhall e. B. m. b. H.“. Sie arbeitet im Rahmen der Hausratsbewegung, die 1918 entstanden ist. Sie dient in ihrer Art der idealen Aufgabe der Gildenhaller: Pflege zeitgemäßer Wohnkultur; Kampf dem Reichtum, dem staubigen Ballast, Geschmacksbildung und Erziehung zur Sachlichkeit. Die Hausrat e. B. m. b. H. will dem Volk dienen, muß demgemäß auch billig abgeben oder, sofern Qualitätsarbeit und gutes Material dieses Prinzip erschweren, Zahlungserleichterungen gewähren. Die Gesellschaft betreibt das Leihgeschäfts für den Minderbemittelten als soziale Einrichtung und nicht etwa als besondere Art der Profilmacherei. Hausrat Gildenhall ist keine Erwerbsgesellschaft, sondern eine gemeinnützige, deren Aufgabe auch insofern auf dem Gebiete des Siedlungswesens, der Siedlungsreform liegt, als sie Gesamtausstellungen für Siedlungswohnungen und Kleinsthäuser im Sinne von Gildenhall liefert und im Interesse der Volkswirtschaft den Siedlern auch mit Rat zur Seite steht. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 35, Potsdamer Straße 118a.

Bühnenkunst von Anno dazumal.

Das Wallner-Theater, das es die ganzen 6 1/2 Jahrzehnte seines Bestehens in der Auswahl der Stücke wahrhaftig nicht leicht gehabt hat, greift jetzt in die unterste Schublade der Bühnenliteratur und holt den alten Schwanz von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg „Auf der Sonnenseite“ ans Licht der Rampe. Blumenthal und Kadelburg — im Bühnensargon Blumenthal und Kadelburg genannt — gehörten noch vor wenigen Jahren zu den erfolgreichsten Lustspielautoren. Es ist interessant, heute zu sehen, wie sich das Vorkriegsdeutschland amüsiert hat. Was für unkomplizierte, harmlose und stubenreine Gemüter, du lieber Himmel, müssen wir Mitteleuropäer gewesen sein. „Auf der Sonnenseite“ behandelt ein Thema, das uns heute noch nicht einmal fern liegt, die Sehnsucht eines reichgewordenen Handwerkers, kraft seines Geldweits in die „besseren“ Gesellschaftskreise zu kommen. Die Autoren fühlen sich berufen, in sozialer Gesinnung und Kindersehsuchtmoral zu machen. Dem Töpfermeister Heinrich Wulkow ist natürlich in der piffigen Umgebung, die er sich mit vieler Mühe geschaffen hat, höchst unbehaglich zumute; er lehnt sich heimlich nach allgewohnter Derbheit und Natürlichkeit. Statt bauchaufreizender Delikatessen, langt er nach Hammesrippchen mit grünen Bohnen. Das Blumenthal und Kadelburg so mit dieser Mühe auseinanderlegen, wissen wir längst. Auf so blödsinnige Weise wie der Lustspielheld wird sobald keiner sein souveränes Gesicht herauswerfen, um sich lauter Unbequemlichkeiten auf den Hals zu laden. Das die

beiden Autoren an Lebensauffassung verzipfen, ist vollständig mißverständenes, verniedlichtes und verpießtes Sozialempfinden.

Niemand von den Zuschauern ist unbekannt gewesen, was die Autoren bemerken wollen, weil alles selbstverständlich ist. Wertwürdig, daß sie sich trotzdem offenbar aufs Beste unterhalten. Das mag an der geschickten Bühnentechnik und an der klotten und frischen Regie des Karl Gregor liegen. Den Töpfermeister Wulkow gibt Edgar Kanisch, lustig und mit sympatischer Trotteltätigkeit. Die beiden Barone (die in derartigen Lustspielen nie fehlen) spielen Friedrich Ernst mit der nötigen vornehmen Blasiertheit und Otto Jedler ein wenig zu falsch und aufdringlich, aber beide doch recht annehmbar. Meta Jäger als Frau Wulkow stellt mit feiner Komik einen aufgeblöhmten Kaffeetyp auf die Beine. Das Publikum spendet begeistert Beifall.

Ernst Degner.

Mathematik des Unsinns. Im Komödienhaus wird ein Mann nach dem Rezept gehört, das die Franzosen Rancey und Arton angeben. Der Manager, den sie für diese edle Tat auswählten, heißt Theo, den heute der geniale Spahmacher Kurt Bois spielt. „Theo mach alles!“ heißt das Stück. Indem Theo alles macht, zeigt er wieder einmal, daß die Mathematik dieses Unsinns ebenso schwierig ist wie die Mathematik der Gleichungen fünften Grades. Darum ist es auch Unsinn, nach der Kontingenzierung des französischen Stüdeimports zu streben. Wie man auch drehen und auslegen mag, es gibt eben in Deutschland niemand, der eine solche haarsträubende Verwirrung für zwei Stunden in die Köpfe bringen kann. Der Schwanz der Franzosen ist miserabel und er ist doch wieder glänzend. Man staunt immer wieder, wie das gemacht wird. Wenn der Esel am Schluß selber seine Frau in die Arme des Jünglings legt, der fest eingeschlossen ist, ihm die tierischen Hörner aufzusetzen, dann überwindet diese absolute Mathematik der Unsinnslogik jeden Widerstand. Uebrigens hüpf Kurt Bois ganz entzückend im Stille dieses Hofuspokus herum. Er hat eigentlich noch keine schlechten Clownsmaniere angeommen. Er zeigt noch Grazie und tanzende Gewandtheit, ohne daß er sich bemüht, seine Katastrophentätigkeit allzu aufdringlich ins Gedächtnis zu bringen. Herr Hermann, Herr Stahl, Nachbaur und Fräulein Bard müssen sich einen besonderen Schwung geben, damit sie Schwankkomödianten werden. Der junge Herr Bois hat das alles im Blut.

M. H.

Gesellschaftsleistungen der Woche. Dienst. Renaissance: „Helglinge.“ — Wilm. 1. d. d. Roster: „Simon und Dalia.“ — Donnerst. Deutsches Ränkerli: „Klein Rini.“ — Sonnab. Oper am Wag der Republik: „Die Nacht des Schicksals.“ — Mont. Rosette: „Der Ritter aus Dingde.“

Kranke-Berichte. Mont. Dienst. (5. 7). Mittw. (5). Donnerst. bis Sonntag. (5. 7). Kranke, der Sohn der Söhne. — Mont. bis Sonntag. (9). „Bormarsim im neuen Berlin.“ — Mittw. (7): Die Deutsche Rill-Rubelleter-Kaffe-Expedition 1925/26.

Ein Verze-Abend findet am 24. in Gesellschaften. Unt. Königgraben 2 (am Alexanderplatz). Statt. Es wirken mit: Dr. Frieda Blumenthal, J. Rejinski, Gad Schelos, J. Lamm u. a.

Abbau der Krisenfürsorge?

Verderbliche Pläne des Reichsarbeitsministeriums.

Noch beträgt die Zahl der Arbeitslosen eine Million. Unter ihnen sind Hunderttausende, die infolge der langen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit nicht mehr vom Reiche unterstützt werden, sondern der Krisenfürsorge der Gemeinden anvertraut sind. Um so arktischer muß daher die Nachhilfe wirken, daß der Reichsblock eine neue sozialpolitische Heldentat vorbereitet, indem er die Krisenfürsorge abzubauen will.

Der Reichsarbeitsminister hat sich die Möglichkeit vorbehalten, bei Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt einzelne Bezirke oder Bezirke von der Verlängerung der Bezugsdauer auszunehmen. Er will für einzelne Bezirke oder Bezirke die Unterstützungsdauer um einige Wochen verkürzen und damit einer Reihe von Arbeitslosen den Zutritt zur Krisenfürsorge, der von einer Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung von 52 Wochen abhängig ist, verweigern. Es ist bereits vorgesehen, daß der Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung diesen Plan beraten soll.

Die Pläne, die auf einen Abbau der Krisenfürsorge hinauslaufen, stellen eine Ungeheuerlichkeit dar; denn man trifft man mit diesem Abbau? Gerade die schwächeren Schichten unter den Arbeitnehmern, die älteren und schwächeren Leute, die von jeder Verschlechterung des Arbeitsmarktes immer zuerst und am längsten heimgeführt werden. Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist gewiß nicht zu leugnen, aber sie ist doch noch lange nicht so, daß sie einen Abbau der Krisenfürsorge rechtfertigt. Welche Bezirke und welche Bezirke sollen denn von der Verlängerung der Bezugsdauer ausgenommen werden? Die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Landarbeiter? Wir haben gerade im Baugewerbe und in der Landwirtschaft doch auch sehr viele Arbeitskräfte, die nicht als eigentliche Bauarbeiter oder Landarbeiter angesprochen werden können. Wie sollen da nun die Abgrenzungen vorgenommen werden? Werden nicht die Arbeitskräfte aus den Bezirken, die in der Fürsorge schlechter gestellt werden, abwandern? Man braucht nur diese Fragen aufzuwerfen, um zu sehen, daß das Vorhaben des Reichsarbeitsministeriums zu großen Unzuträglichkeiten führen muß.

Die organisierte Arbeiterschaft wird jedenfalls diesen Plänen, die eine weitere Verschlechterung der sozialen Fürsorge bedeuten, den stärksten Widerstand entgegenstellen. Schon jetzt aber ist der schärfste Protest gegen die sozialreaktionären Absichten am Platze, für die das Arbeitsministerium sich einsezen will.

Demokratischer Parteitag.

Gegen Kulturreaktion und feudale Futterkrüppelwirtschaft

Den Abschluß der gestrigen Beratungen auf dem Hamburger Parteitag der Demokraten bildete ein großes Referat der Reichstagsabgeordneten Frau Dr. Bäumer über die Demokratische Partei in Regierung und Opposition. Harte Worte fielen dabei über die Personalpolitik des Reichsblocks:

Wem unter dem Eindruck des schwarzrotgoldenen Schimmers der Richtlinien schönere Illusionen noch blühen, der wird durch die letzten Vorgänge im Reichsministerium des Innern wohl gehütet sein. Wenn die Deutschnationalen im Sinne der Richtlinien Hüter der Republik sein wollen, so ist ein Grund, den republikanischen Ministerialdirektor der Verfassungsabteilung zu entlassen, um so weniger erkennbar, als ja die Deutschnationalen es immer entrüstet abgelehnt haben, sich in ihrer Personalpolitik von reinen Futterkrüppeln leiten zu lassen. Mir scheint, daß diese Personalveränderung im Reichsministerium des Innern die Sachlage, den Sinn der Koalition auf das drastischste kennzeichnet. Das Zentrum nimmt die Kulturabteilung und überantwortet dafür die Verfassungsabteilung dem pommerischen Urabdel.

Rednerin erklärte dann, daß die Demokratische Partei zurzeit ihren Dienst an der Republik nur in der Opposition leisten könne und wandte sich scharf gegen die reaktionären Absichten auf dem Gebiete der Schul- und Konfessionspolitik.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold verteidigte seine Steuerentwurfspolitik gegen die deutschnationale Kritik. Er wies darauf hin, daß gleich nach dieser Kritik die angeblich verschleuderten Reserven bald wieder vorhanden waren, als man sie zu einer Liebesgabenpolitik für die süddeutschen Staaten brauchte. Die Verlängerung des vorläufigen Finanzausgleichs auf zwei Jahre sei ein Fehler gewesen. Die notwendige Verwaltungsreform könne nur durch eine Staatsreform im Sinne des gegliederten Einheitsstaates gelöst werden. Notwendig sei ein Abbau der Einkommen- und Zuckersteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Branntweinabgabe. Reinhold trat auch für die Abschaffung der Kapitalertragsteuer ein. Die Zölle dürften, um die Lebenshaltung nicht zu verteuern, nicht weiter gesteigert werden. Ueber Wirtschafts- und Sozialpolitik sprach dann Abg. Erlesen, über Mittelstandspolitik Dr. Bollinger. Bremen.

„Normale Entwicklung“ des Balkankonflikts.

England tut nichts, um seinen Ausbruch zu verhindern.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Das „Echo de Paris“ läßt sich aus London melden, daß das Foreign Office entschlossen sei, in keiner Weise mehr in den italienisch-jugoslawischen Konflikt einzugreifen und den Ereignissen ihren normalen (!) Lauf zu lassen. Man habe Anlaß zu glauben, daß der englische Botschafter in Rom Anhänger einer Politik der Neutralität Englands den Ereignissen in Italien und Jugoslawien gegenüber sei und daß er seine Regierung bestimmt habe, keinerlei Interventionen mehr weder in Rom noch in Belgrad die Hand zu reichen. Die englische Regierung habe vielmehr das größte Interesse, sich die italienische Freundschaft zu erhalten.

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird hingegen viel Hoffnung auf eine neue Intervention der englischen Diplomatie in Rom gesetzt, da man die Ansicht vertritt, daß in einer Demarche in Rom Mussolini bestimmt werden könnte, auf direkte Verhandlungen mit Belgrad einzugehen, die er bisher hartnäckig abgelehnt habe.

Moskau reisefähig.

Es wartet auf die Einladung nach Genf.

Moskau, 23. April. (M.B.) Zu der in der europäischen Presse erörterten Frage, ob eine neue Einladung an die Sowjetunion zur Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz zu senden sei, bemerkten die Iswestija, die früheren Einladungen, die in einer politischen Lage erfolgten, als die Einladenden bestimmt wußten, daß keine Sowjetdelegierten nach Genf reisen würden, hätten keinesfalls dem wirklichen Wunsch der Völkerbundsführer (!) entsprochen. Die Teilnahme von Sowjetdelegierten an der Konferenz im gegenwärtigen Augenblick sei nur dann möglich, wenn ihnen die gleichen Bedingungen gewährt würden, wie allen anderen Teilnehmern, die sich im Laufe eines vollen Jahres, das seit der Arbeit der vorbereitenden Kommission verlossen sei, auf die Konferenz vorbereitet hätten. Andernfalls könnte eine Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz keinerlei Wirkung erzielen.

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Einzelheiten zur Verhaftung des Unfallchwindlers Hünze.

Jener 16jährige Willi Hünze, dem es gelang, eine Weltstadt mehrere Wochen hindurch ununterbrochen in Atem zu halten, indem er durch erschwundene Unfallmeldungen von den Angehörigen der angeblichen Opfer Geld erpreßte, hat bereits ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Das wahre Leben eines Taugenichts, allerdings in einem viel böseren Sinne, als es der Held in jener bekannten köstlichen Novelle Eichendorffs „Aus dem Leben eines Taugenichts“ geführt hat.

Hünze trug bei seiner Verhaftung in einer Gastwirtschaft in Charlottenburg noch den Smoking des Professors, in dem er zuerst in einem Kino festgenommen worden war. Nur hatte er sich einen Leberzieher verschafft, um nicht aufzufallen. Auf dem Reoler verweigerte er jede Aussage. Noch gestern abend wurde er vernommen. Er zeigt keine Spur von Reue und behauptet, daß er lediglich, um leben zu können, Leuten Geld abgenommen habe, die es entbehren könnten. Arbeiten, sagt er zynisch, habe keinen Zweck. Die Schwindelereien seien ihm durch die Warnungen der Zeitungen und die Maßnahmen der Kriminalpolizei sehr erschwert worden. Hünze ist ein überpanneter Prolet, der, wie er zugibt, fast nur *Nid-Carter-Romane* und dergleichen gelesen hat.

Er besuchte die Gemeindeschule in Neudöan bis zur ersten Klasse, war dann eine Zeitlang auf dem Rittergut eines Grafen, um sich zum Diener auszubilden, hatte daran aber bald keinen Gefallen mehr, kam wieder nach Berlin und wurde, weil er eine gute Figur hat, als Bote in mehreren großen Lokalen unter den Linden beschäftigt. Die Fortbildungsschule war ihm, wie er sagt, ein „Greuel“. Er „schwänzte“ sie deshalb regelmäßig und

dafür gab es einen Hausen Strafmandate. Endlich kam er in Fürsorgeerziehung. Die paktete ihm natürlich gar nicht. Bei der nächsten Gelegenheit entwich er. Nachdem er zuletzt dem Transporteur vom Lindenhof in Lichtenberg entwischt war, beschloß er, wie er behauptet, noch 60 M., für die er sich einen Leberzieher anschaffen und auch in kleinen Hotels und Herbergen absteigen konnte. Mit dem Mädchen, das bei seiner Festnahme mit ihm in der Theaterloge saß, traf er sich wiederholt nach seiner Flucht. Seine Mutter aufzuluchen, wagte er nicht. Es gelang ihm aber, sie ein paarmal durch den Fernsprecher zu erreichen. Die Frau ist entgegen seiner Behauptung durchaus nicht krank. Hünze rechnet damit, daß er mit 1 Jahr Gefängnis davonkommen werde.

Von dem erbeuteten Gelde habe er, soweit er es zum Leben nicht brauchte, Schmuckstücke gekauft. Diese habe er versteckt, um sie nach Verbüßung der Strafe zu verkaufen. Das ist aber sicher nur Brauterei. Wenn ihm Schwindeldelicten anderer Art nicht gelangen, so meldete Hünze, wie er behauptet, Zeitungsredaktionen erlöbte Anfälle und erhielt dafür, bevor seine Angaben geprüft werden konnten, vorab schon eine Meldegebühr. Angeblich wollte er sich erschließen. Eine Schutzwaffe wurde nicht bei ihm gefunden. Wahrscheinlich hat der Bursche auch mit Jubelstücken in Verbindung gestanden und dort Unterschlupf gefunden. Seine Mutter, eine biedere Frau, die über den misstrauischen Sohn sehr niedergelassen ist, erschien heute auf dem Polizeipräsidentium und brachte ihm einige Kleidungsstücke, so daß ihm der erschwundene Smoking abgenommen werden konnte. Der Erloppte wird noch heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt und dann, seiner Gemeingefährlichkeit wegen, wohl so sicher untergebracht werden, daß ihm ein Entschlupfen nicht noch einmal glückt.

Ein Brunnengerüst eingestürzt.

Vier Arbeiter verletzt.

In der Bessenerstraße 1 zu Tempelhof ereignete sich heute vormittag ein folgenschwerer Einsturz eines Brunnengerüsts. Vier Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und trugen mehr oder minder erhebliche Verletzungen davon. Durch die Feuerwehr und das Städtische Rettungsamte wurde den Verunglückten erste Hilfe zuteil.

Auf dem Gelände der Schulheiß-Pagenhofer-Brauerei in der Bessenerstraße 1, wird gegenwärtig ein großer Tiefbrunnen angelegt, der bis zu einer Tiefe von etwa sechs Metern schon fertiggestellt ist. Im Innern des Brunnenschachtes ist ein Hängegerüst angebracht, das mit mehreren Drahtseilen am Brunnenrand befestigt ist. Heute vormittag waren vier Arbeiter auf dem Gerüst im Innern des Schachtes tätig. Aus bisher noch ungeklärter Ursache riß plötzlich ein Drahtseil. Der Belastung hielten die übrigen Seile nicht stand und das Gerüst mit den vier Arbeitern stürzte in die Tiefe. Die Verunglückten hatten zum Teil schwere Verletzungen erlitten. Die Feuerwehr und zwei Wagen des Städtischen Rettungsamtes sorgten für den Abtransport der Verunglückten.

Der 40jährige Maurer Willi Subke aus der Admiralstr. 30 und der 27jährige Maurer Wilhelm Otto aus der Müllerstr. 166 fanden im Schönberger Krankenhaus Aufnahme, wo innere Verletzungen und Knochenbrüche festgestellt wurden. Ein weiterer Verletzter, der 39jährige Maurer Otto Köppen aus der Gartenstr. 19, wurde in das Urbanfrankenhaus übergeführt. Am glimpflichsten kam der 23jährige Maurer Arur N. aus der Martusstraße 19 davon, der sich mehrere Verstauchungen zuzog und nach Behandlung auf der Rettungsstelle 41 in seine Wohnung gebracht werden konnte. Eine Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist sofort eingeleitet worden.

„Der empörte Fahrscheinschnorrer.“

Eine Zuschrift der Reichsbahndirektion Berlin.

In Nummer 181 unseres Blattes veröffentlichten wir unter der Ueberschrift „Der empörte Fahrscheinschnorrer“ die schöne Geschichte von jenem seltsamen Anliefermischer aus dem Berliner Westen, der seine „Schlagt-die-Juden-tot“-Gefinnung dazu ausnützen wollte, um sich und seinen Söhnen Freifahrtscheine für eine Reise an den Rhein zu erschnorren. Wir erhalten nun ein Schreiben von der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsbahndirektion Berlin, dem wir folgendes entnehmen:

Die Angelegenheit sei, so heißt es, nicht von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, sondern von der Reichsbahndirektion Berlin behandelt worden. Die Reichsbahndirektion habe die Eingabe nicht verurteilt, sondern lediglich den Magistrat verständigt und hierbei die Bestimmungen über die Fahrpreismäßigung für mittellose Kranke in Erinnerung gebracht, zumal aus Meldungen von Eisenbahndienststellen bekannt geworden sei, daß gerade mit dieser Fahrpreismäßigung offensichtlich Mißbrauch getrieben wird. In dem Schreiben an den Magistrat sei gelagt worden, daß die Reichsbahndirektion Berlin, ohne die tendenziös anmutenden Angaben des Einsenders, die gleichzeitig eine eigennützige Absicht erkennen ließen, als richtig zu unterstellen, den Anlaß benutze, auf die Beachtung der Bestimmungen hinzuweisen. Der Antrag des Einsenders auf Bewilligung eines Freifahrtscheines sei, so sagt man weiter, abgelehnt worden. Im übrigen habe es sich für die Reichsbahndirektion selbstverständlich um eine rein geschäftliche Angelegenheit gehandelt, nämlich lediglich um die Feststellung, ob eine Fahrpreismäßigung zu unrecht in Anspruch genommen werde. Wie man daraus, so schreibt die Direktion, für die Reichsbahn eine politische oder Rassefrage konstruieren könne, sei gänzlich unerfindlich.

Zum Schluß werden wir ersucht, hiernach eine Berichtigung in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung anzunehmen — wiewohl das Schreiben der Reichsbahndirektion in keiner Weise den presseförmlichen Anforderungen einer Berichtigung entspricht. Es werden Dinge angefahten, die wir nicht behauptet haben, und indem man Nichtbehauptetes bestreitet, gibt man das Wesentliche, was wir geschrieben, zu. Wie liegt die Sache nach der Darstellung der Reichsbahndirektion Berlin? Ein völkischer Wüterich hat ein unsägliches Schreiben, das von völlig undewiesenen Beleidigungen deutscher Staatsbürger strotzt, an die Hauptverwaltung der Reichsbahn gerichtet. Anstatt an den Rand des Schreibens den einzig gehörigen Vermerk: „Besuch ablehnen! S. d. W.“ zu setzen, gibt die Hauptverwaltung den Witz an die ihr unterstellende Reichsbahndirektion Berlin weiter. Und die Reichsbahndirektion — unsere Behauptung, sie sei es gewesen, die den Brief des famosen Herrn H. per die Post an den Magistrat Berlin, von dem aus er im Instanzenzuge an die Bezirksämter der Stadt Berlin gelangt. Von wo also ging diese skandalöse Geschichte aus? Vom Vertriebs des Herrn Dörpmüller! Und mehr haben wir nicht behauptet. Daß der Schnorrer des Herrn H. um Freifahrtscheine neigt, ist von uns niemals gesagt worden. Aber eine kleine Frage haben wir noch: Die Reichsbahndirektion Berlin erwähnt in ihrem Schreiben, aus Meldungen von Eisenbahndienststellen sei bekannt geworden, daß gerade mit der Fahrpreismäßigung offensichtlich Mißbrauch getrieben wird. Warum hat

die Reichsbahndirektion ausgerechnet das blödsinnige Schreiben des Herrn H. und nicht, wie es doch viel natürlicher ist, die tatsächlichen Meldungen ihrer Dienststellen dem Magistrat übermittelt? Auf Grund solchen tatsächlichen Materials wäre etwaigen Mißständen abzuwehren, — auf Grund eines ungehörigen Wishes aber nicht.

Denn daß gerade wir jeden Mißbrauch einer sozialen Vergünstigung aufs schärfste verurteilen, bedarf keiner Erörterung.

Haushaltbalancierung durch Hundesteuererhöhung.

Der Stadthaushaltsplan für 1927, dessen endgültige Festsetzung noch aussteht, sieht eine neue Erhöhung der Hundsteuer vor. 2½ Millionen Mark mehr soll die Hundsteuer bringen, damit im Haushalt das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe erreicht wird. Die 2½ Millionen sollen einkommen, wenn erhöht wird die Steuer für den ersten Hund von 60 auf 80 M., für den zweiten von 120 auf 160 M., für den dritten von 180 auf 240 M., für den vierten und jeden weiteren Hund von 240 auf 320 M. Die Erhöhungen sollen schon vom 1. Juli ab in Kraft treten. Der Magistrat ersucht die Stadinerordnetenversammlung um ihre Zustimmung zu dieser Hundsteuererhöhung. Auf eine Mehrheit für die beabsichtigte neue Schröpfung der Hundsteuerbefiger hat er nicht zu rechnen. Der Haushaltsausschuß wird ihm andere Wege zeigen müssen, auf denen man zur Balancierung des Haushalts gelangen kann.

Stadtverordnetenwahl in Trebbin.

Uns wird geschrieben: Während im Reiche die Wahlen zu den kommunalen Körperschaften erst 1928 stattfinden, müssen in Trebbin die Neuwahlen schon in diesem Jahre vorgenommen werden, da die Legislaturperiode bereits 1923 begann und infolgedessen jetzt abgelaufen ist. Die vereinigten bürgerlichen Parteien (von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten) suchen ihre bisherige Mehrheit im Stadtparlament unter allen Umständen zu halten. In einem inhaltlosen Flugblatt malen sie den „Schrecken einer Linksmehrheit“ an die Wand. Die Kommunisten machen in der von ihnen herausgegebenen Wahlzeitung gegen die bürgerlichen scharf und pöbeln dann in der üblichen Weise die sozialdemokratische Fraktion an. Den Bürgerlichen erweisen sie den größten Dienst, indem sie die Mitgliederzahlen der einzelnen Arbeiterorganisationen im Orte in den schwarzesten Farben schildern. Von der Ortsgruppe des Reichsbanners, die etwa 60 Mitglieder zählt, behaupten sie sogar, sie befände sich „in der Auflösung“. Auch über die Mitgliederzahlen der SPD. werden völlig falsche Angaben gemacht, desgleichen sind die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und sonstiger Vereine zum Teil erheblich vermindert worden. Es gehört schon ein ziemliches Maß taktischer Unflughheit und politischer Dummheit dazu, um in einer Agitationschrift, die angeblich den Arbeiterinteressen dienen soll, derartiges „Material“ zu bringen. Verantwortlich für diesen Unsinn zeichnet der Reichstagsabgeordnete Ernst Torgler. Ueber diese Angelegenheit wird noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Die wertige Bevölkerung Trebbins aber wird daraus die Lehre ziehen und am morgigen Sonntag geschlossen für die sozialdemokratische Liste stimmen.

Verkehrspropaganda.

Die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung lud zur Besichtigung ihrer Sonderchau an Werbematerial nach der Wochenend-Ausstellung ein. Ein ganzer Pavillon und mehrere Mitrinen enthalten reichhaltiges Propagandamaterial in Form von künstlerischen Plakaten, Broschüren, Prospektos zur Schmückung von Bahnhöfen und Reisebureaus, außerdem Verkehrsblätter der verschiedensten Reiseziele in deutschen wie auch in vielen ausländischen Sprachen, die in ihrer klaren, übersichtlichen Form ein praktisches Orientierungsbuch darstellen und in eigens konstruierten Automaten gesondert nach den verschiedenen Gegenden — für einen Groschen pro Heft erhältlich sind. Diese Automaten sollen auf Bahnhöfen und in Reisebureaus aufgestellt werden, um dem breiten Publikum als Reisebedarf zu dienen. Die Werbearbeit der Gesellschaft erstreckt sich natürlich auf das In- und Ausland. Es wurden ferner einige Propagandafilme: „Ein Ausflug von Berlin nach Potsdam“, „Winter im Riesengebirge“ u. a. m. gezeigt. Die örtliche Propaganda der einzelnen Städte und Verkehrsorganisationen steht in ergänzendem Zusammenhang mit der Tätigkeit der bisherigen Reichszentrale. Es geschieht auch von dieser Seite alles, die Schönheit der Heimat ins richtige Licht zu setzen.

Wer ist die Tote? Von der Jungfernbrücke sprang gestern ein unbekanntes Mädchen in den Kanal, nachdem sie einen kupferfarbenen Mantel und eine blaue Strickjacke abgelegt hatte, und ertrank. Ein Fischer konnte nur noch die Leiche bergen, die nach dem Schaubause gebracht wurde. Die Tote ist etwa 18—25 Jahre alt, 1,63 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ein rotes volles Gesicht und trug eine blau-weiß-braun-weiß gestreifte Jacke, einen schwarzen Rock, ein weißes Hemd ohne Zeichen, helle Strümpfe und hellgrüne Spangenschuhe. Auf einem Finger trug sie einen Ring mit der Gravierung E. R.

Selbstmord oder Unglücksfall? Bei Königswusterhausen wurde gestern abend der 56jährige Reichsschiffseigner Karl Zimmermann aus der Bernhardsstraße 37 zu Hamburg-Barmbeck auf den Gütergleisen von einem Rangierzug überfahren und auf der Stelle getötet.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

